

Vorrang für Zivil

Forderungen an die Bundesregierung

Zivile Krisenprävention braucht Ressourcen und Kontinuität.

Die finanziellen, personellen und strukturellen Kapazitäten für zivile Krisenprävention müssen kontinuierlich und zielstrebig ausgebaut werden, so dass bis 2020 mindestens so viele Ressourcen für zivile Krisenprävention bereitstehen, wie für militärische Interventionen. Zivile Aufgaben sollten ausschließlich in ziviler Verantwortung durchgeführt werden.

Hierzu gehören zum Beispiel:

- Der kontinuierliche Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.
- Eine sofortige Verdoppelung und kontinuierliche Erhöhung der Projektmittel für zivilgesellschaftliche Projekte zur Krisenprävention (Zivik und BMZ-Programme)
- Kontinuierlicher Ausbau einer Reserve von ausgebildeten Friedensfachkräften und Experten.
- Bereitstellung von Mitteln zur wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Aktivitäten u.a. durch Einrichtungen der Friedensforschung

Zivile Krisenprävention muss Chefsache werden.

Wir fordern die Einrichtung eines/einer im Kanzleramt angesiedelten „Beauftragten für Zivile Krisenprävention“ als zentral verantwortlich für die Koordinierung aller staatlichen Maßnahmen, die kontinuierliche Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure und zur Vertretung des Aktionsplans Zivile Krisenprävention im Bundestag und in der Öffentlichkeit.

Beispiele für konkrete Aktivitäten dieser neuen Koordinierungsstelle könnten sein:

- Kontinuierliche Priorisierung und Umsetzung der im Aktionsplan vorgeschlagenen Maßnahmen und Weiterentwicklung zu einem „Grünbuch zivile Konfliktbearbeitung“
- Dauerhafte Zusammenarbeit mit NROs und Nutzung ihrer Expertise (u.a. durch Weiterführung von FriEnt, Aufwertung des Beirats für den Aktionsplan)

- Erhöhung der Kohärenz des staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns in Konfliktregionen durch Entwicklung und Etablierung von Abstimmungs- und Kooperationsverfahren und entsprechenden Strukturen (z.B. „Präventionsrat“) für die Arbeit vor Ort
- Öffentlichkeitswirksame Vorstellung von best practice-Beispielen („Zivil wirkt“)
- Kontinuierliche Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Friedensforschung

Zivile Krisenprävention muss den Menschen dienen.

Jegliche – auch zivile – Intervention im Ausland muss sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren und durch diese legitimiert werden. Wo letzteres nicht möglich bzw. überprüfbar ist, sind möglichst umfassende Abstimmungs- und Koordinierungsverfahren in den für peace building verantwortlichen Organen der Vereinten Nationen notwendig.

Dies kann gefördert und ergänzt werden durch Maßnahmen wie:

- Etablierung geeigneter Kommunikationsstrukturen zur Abstimmung zwischen allen Beteiligten
- Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Partner vor Ort bei gewaltfreien Interventionen
- Ausbau von Friedenserziehung und Friedensjournalismus sowohl bei uns (zur Verbesserung eigener Glaubwürdigkeit) als auch in Konfliktregionen
- Öffentliche und kritische Reflexion der Ziele und Werte, die bei einem eventuellen Eingreifen zu berücksichtigen sind, bereits vor einer geplanten Intervention (Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit, friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker, Schutzbedürfnisse der Menschen in Konfliktregionen und bei uns.)
- Kritische Analyse insbesondere der Auswirkungen militärischer Maßnahmen einschließlich zivil-militärischer Zusammenarbeit auf Menschenrechte, Menschenwürde, Sicherung der Grundbedürfnisse und der Umwelt in der Konfliktregion.



Informationsblätter

Kein Vorrang für Zivil

Die Politik der Bundesregierung in Zahlen

„Mit dem Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung hat die Bundesregierung 2004 einen politischen Referenz- und Handlungsrahmen für ihre krisenpräventive Politik geschaffen. Sie hat damit ihre Entschlossenheit bekräftigt, ihre Beiträge zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung weltweit insbesondere präventiv auszurichten und dabei **vorrangig zivile Mittel** zum Einsatz zu bringen.“¹

So beginnt der 3. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des besagten Aktionsplans, der im Juni 2010 veröffentlicht wurde. Am 27.9.2010 wurde dieser Umsetzungsbericht zusammen mit dem zwei Jahre vorher veröffentlichten 2. Umsetzungsbericht im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ des Bundestages, der insgesamt 8 Mitglieder hat, diskutiert. Ob das Plenum des Bundestages sich je mit diesen beiden Umsetzungsberichten befassen wird, ist unklar.

Zum Vergleich: Als das Bundeskabinett am 25.10.2006 das „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ verabschiedet hatte, folgten am nächsten Tag eine Regierungserklärung des damaligen Verteidigungsministers Jung und eine 90minütige Plenardebatte.² Doch warum verweigert die Bundesregierung dem Einsatz „vorrangiger zivile Mittel“ die öffentliche Debatte? Fürchtet sie kritische Nachfragen?

Zahlenspiele

Im 3. Umsetzungsbericht wird stolz darauf verwiesen, dass die Haushaltsmittel für Zivile Krisenprävention in den zehn Jahren von 2001 bis 2010 deutlich angestiegen sind. So wird berichtet: „Die im Haushalt des Auswärtigen Amtes eingestellten Mittel zur Unterstützung internationaler Maßnahmen in den Bereichen der Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung erhöhten sich, ausgehend von einem Ansatz von durchschnittlich 12 Mio. EUR in den Jahren 2001-2007, auf 63 Mio. EUR im Jahr 2008 und nochmals auf 109 Mio. EUR im Jahr 2009.“³ In diesem Zeitraum wurden allerdings bestimmte Haushaltstitel neu strukturiert. Der scheinbar von 2009 auf 2010 nochmals erhöhte Titel für Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung wurde mit den Titeln für Polizeieinsätze der Europäischen Union bzw. der Vereinten Nationen und mit dem Titel für Maßnahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zusammengeführt, zusätzlich

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:
www.vorrang-zivil.de
www.no-blame-approach.de
www.nonviolentpeaceforce.de
www.streitschlichtungskongress.de

Mitgliedschaften:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

wurden die Mittel für den „Stabilitätspakt Südost-Europa“ in diesen Titel verschoben. In der Summe ergab sich dadurch keine Erhöhung, sondern verglichen mit 2009 eine (wenn auch gut versteckte) Kürzung. Summiert man andererseits die Beträge für die genannten Titel aus dem Bundeshaushalt 2001 auf, erhält man anstelle der genannten 12 Millionen aus dem 3. Umsetzungsbericht bereits 71. Millionen Euro (139.493.744 DM).

Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2011 wurde der Titel für Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung gegenüber 2010 dann direkt erkennbar und diesmal wesentlich drastischer gekürzt: auf gut 90 Millionen Euro. Protestschreiben an die Abgeordneten der „einschlägigen“ Ausschüsse und ein konkreter Änderungsantrag von der SPD, die forderte, dass für 2011 wenigstens genauso viel Geld eingestellt wird wie für 2010, erreichten nur eine marginale Erhöhung in der „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses am 11./12. November. Die „vorrangig zivilen Mittel“ des Auswärtigen Amtes wurden also bis 2009 nicht verzehnfacht, sondern mit zusätzlich 38 Millionen Euro gerade mal um 45% gesteigert und seit dem real gekürzt.

Der Titel für den Zivilen Friedensdienst wurde zwar in den ersten Jahren (wie das bei neuen Einrichtungen üblich ist) von Jahr zu Jahr erhöht, er betrug 2001 erst 11 Millionen Euro (22.046.159 DM) und stieg bis 2009 auf 30 Millionen Euro pro Jahr, wurde dann aber auf diesen Betrag eingefroren. Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2011 erfolgte dann eine Kürzung auf 29 Millionen Euro. Es ist zu vermuten, dass finanzielle Überlegungen mit dazu geführt haben, dass der Deutsche Entwicklungsdienst ausgerechnet zum Zeitpunkt des Referendums über die Unabhängigkeit des Südsudan plant, seine Projekte des Zivilen Friedensdienstes dort einzustellen, obwohl die sudanesischen Partner in dieser Situation die Unterstützung durch die Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes besonders dringlich bräuchten.

Vorrang für das Militär

Zum Vergleich: Der Gesamtetat des Verteidigungsministeriums inkl. der Bundeswehr betrug 2001 24 Milliarden Euro (47.476.055.039 DM) und erhöhte sich bis zum Haushaltsplan 2010 auf 31 Milliarden.⁴

Der Verteidigungshaushalt ist im angegebenen Zeitraum also um fast 7 Milliarden Euro angewachsen. Das ist fast das Siebenfache von dem, was nach BSV-Berechnungen im Bundeshaushalt 2009 insgesamt für Zivile Krisenprävention/Zivile Konfliktbearbeitung zur Verfügung stand.⁵ Die auf den ersten Blick beeindruckenden prozentualen Zuwächse im zivilen Bereich dürfen also nicht darüber hinwegtäuschen, dass in absoluten Zahlen gerechnet die Schere zwischen den Haushaltsmitteln für militärische Zwecke und für zivile Konfliktbearbeitung immer weiter aufgeht. Für 2011 ist nach dem Haushaltsentwurf übrigens keine Kürzung, sondern eine weitere Erhöhung des Verteidigungshaushalts vorgesehen.

Militärische Dominanz in Forschung und Bildung

Auch im Bereich Wissenschaft und Forschung hat die Bundeswehr erhebliche personelle Ressourcen: Die zwei Universitäten der Bundeswehr verfügen im Haushaltsjahr 2010 über 751 Personalstellen, davon 430 Hochschullehrerstellen.⁶ Die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. hat 220 Mitglieder,⁷ die bei weitem nicht alle auf Planstellen sitzen, geschweige denn auf Hochschullehrerstellen. Eine den Universitäten der Bundeswehr vergleichbare, aus Bundesmitteln finanzierte Institution für Friedens- und Konfliktforschung gibt es nicht.

Und wie sieht es in der Schule aus? Die Bundeswehr verfügt über 94 Dienstposten für hauptamtliche Jugendoffiziere,⁸ die im Jahr 2009 7.245 Veranstaltungen mit 182.522 Teilnehmern (davon 160.000 Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr) durchführten.⁹ Die Bundeswehr verkündet stolz: „Vielfach können sie auch auf eigene Erlebnisse in Auslandseinsätzen in Afghanistan, dem Kosovo oder vor der Küste Libanons zurückblicken.“ Wäre es da nicht im Sinne „vorrangig ziviler Mittel“, wenn es entsprechende Dienstposten für „Jugenddiplomaten“ im Etat des Auswärtigen Amtes gäbe oder Stellen für ehemalige Friedensfachkräfte im Etat des BMZ, um bundesweit Schülerinnen und Schüler fachkundig darüber zu informieren, welche Beiträge zur Zivilen Krisenprävention und zur zivilen Konfliktbearbeitung Diplomatie und Friedensfachkräfte leisten können? Aber derartige Stellen gibt es nicht.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Anders als von der Bundesregierung suggeriert, besteht nach wie vor in finanzieller und personeller Hinsicht ein deutlicher Vorrang fürs Militär. Dieser wurde und wird auch nicht abgebaut, im Gegenteil: Während das Ungleichgewicht zwischen 2001 und 2010 „nur“ dadurch verschärft wurde, dass der absolute Zuwachs im militärischen Bereich deutlich größer war als im zivilen, lautet die Botschaft nun: Bei ziviler Konfliktbearbeitung kann gekürzt werden, das Militärische wird weiter ausgebaut.

¹ 3. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, S. 4 (Hervorhebung BSV); s. www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Krisenpraevention/Downloads/100623AktionsplanKrisenpraevention2010.pdf

² Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages Nr. 16/60, vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16060.pdf>

³ 3. Umsetzungsbericht, S. 68

⁴ Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2001 (Jahresrechnung 2001), vgl. http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_28274/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/Jahresrechnung/Jahresrechnung__2001,templateId=raw,property=publicationFile.pdf

⁵ Vgl. das BSV-Infoblatt „Zivile Konfliktbearbeitung“ vom Juni 2009, http://www.soziale-verteidigung.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/zkbweb_01.pdf

⁶ Einzelplan 14 des Bundeshaushalts 2010, S. 145

⁷ <http://www.afk-web.de/afk-home/ueber-die-afk.html>

⁸ <http://www.bmvg.de/portala/bmvg/sicherheitspolitik/angebote/jugendoffiziere>

⁹ Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2009, S. 3/4, vgl. http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W287A9XG521INFODE/Jahresbericht%20Jugendoffiziere%202009_final.pdf

Kostenlose Infoblätter

Zivile Konfliktbearbeitung

Eine Einführung in Institutionen und Mechanismen der zivilen Konfliktbearbeitung auf internationaler Ebene mit einer Übersicht aller Ausgaben für zivile Konfliktbearbeitung der Bundesregierung in 2009, von Ute Finckh

Wege aus dem Krieg in Afghanistan

Herbert Sahlmann, ehemaliger Leiter des deutschen Wiederaufbauteams in Kundus, setzt Grundregeln eines internationalen Engagements in Afghanistan und entwickelt daraus 20 Thesen für einen Friedensprozess, 2008

Hintergrund- und Diskussionspapiere

Chancen und Möglichkeiten Ziviler Konfliktbearbeitung in der Europäischen Union

Im Vorfeld der Europawahl diskutierte der BSV die Ansätze Ziviler Konfliktbearbeitung in der Europäischen Union. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 29, 24 Seiten, ISSN 1439-2011, Schutzgebühr 2,50 Euro, kostenloser Download auf www.soziale-verteidigung.de

Gewaltfrei gegen Besatzung: Irak – Afghanistan - Palästina

Trotz der Präsenz gewalttätiger Gruppen, Besatzungs- und Regierungstruppen gibt es im Irak, Palästina und in Afghanistan gewaltfreie politische Akteure, die Gewalt ablehnen und gewaltfrei für ihre politischen Ziele kämpfen. Diesen im Westen leider weitgehend unbekannt Gruppen widmete sich die BSV-Jahrestagung 2009, die wir im Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 28 dokumentieren. 32 Seiten, ISSN 1439-2011, Schutzgebühr 2,50, kostenloser Download auf www.soziale-verteidigung.de

Alle Materialien können direkt beim BSV (0571-29456 / www.soziale-verteidigung.de) bestellt werden.

Über den Herausgeber:

Der **Bund für Soziale Verteidigung** ist ein Fachverband der deutschen Friedensbewegung zur Entwicklung von Alternativen zum Militär. Er war Mit-Initiator des Zivilen Friedensdienstes und des Balkan Peaceteams. Der BSV ist Gründer und Mitglied der internationalen Nonviolent Peaceforce und des Europäischen Netzwerks für Zivile Friedensdienste (www.en-cps.org). Er wird getragen von über 400 Mitgliedern und etwa 1000 Spenderinnen und Spendern.